

**Antwort
der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Eid und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 11/7599 —**

Massaker der nigrischen Armee an Tuaregs?

1. Kann die Bundesregierung Berichte der Pariser Zeitung „Le Monde“ bestätigen, nach denen zahlreiche Übergriffe der Armee von Staatschef General Ali Saibou auf Angehörige der Tuaregs in Niger zu beklagen sind?

Die Bundesregierung kann einen Bericht der Zeitung „Le Monde“ vom 15. Juni 1990 bestätigen, demzufolge die nigrische Armee Anfang Mai im Gebiet von Tchin-Tabaraden gegen dort lebende Tuareg vorging. Weitere Berichte von „Le Monde“ in dieser Sache sind der Bundesregierung nicht bekannt.

2. In welcher Form fanden diese Übergriffe statt?

Das Vorgehen der nigrischen Armee war eine Reaktion auf einen Überfall auf die Präfektur des Ortes Tchin-Tabaraden im Département Tahoua, der von bewaffneten Tuareg verübt worden war und bei dem ca. 30 Menschen (in der Hauptsache aus den Reihen der Angreifer selbst) getötet wurden. Bereits vorher hatte es mehrfach ähnliche Überfälle gegeben.

Nach diesem Überfall vom 6./7. Mai kam es zu einer Reaktion der Armee gegenüber den Tuareg, die als schwere Ausschreitung qualifiziert wird. Das genaue Ausmaß und die Umstände der Ausschreitungen sowie eine exakte Zahl der Todesopfer ist noch nicht bekannt, da es weder diplomatischen Vertretern noch Angehörigen von Hilfsorganisationen bisher gelungen ist, Augenzeugen zu befragen. Schätzungen sprechen von 100 Toten und von mehre-

ren hundert Mißhandelten. Zahlreiche inhaftierte Tuareg sind inzwischen freigelassen worden; die Opposition spricht noch von ca. 40 Gefangenen. Beobachter haben den Eindruck, daß die Armee-Einheiten offenbar ohne klaren Auftrag handelten und ohne korrekte militärische Führung eingesetzt wurden. So scheint es zu einer Art Amoklauf der Soldaten gekommen zu sein.

3. Hat die Bundesregierung gegenüber der nigrischen Regierung protestiert, als sie von der Aktion des nigrischen Militärs gegenüber den Tuaregs erfuhr, bei der 200 Nomaden gefangen genommen, gefoltert und getötet worden sind?

Der deutsche Botschafter in Niamey hat bei Bekanntwerden der Aktion protestiert und wiederholt unser Interesse an einer Aufklärung der Armeeaktion und einer Bestrafung der Verantwortlichen dargestellt. Im übrigen begrüßt die Bundesregierung den geplanten Besuch einer Delegation von „amnesty international“ in Niger und wird ihr durch unsere Vertretung in Niamey jegliche gewünschte Unterstützung zukommen lassen.

4. Wird die Bundesregierung im Lichte dieser Vorkommnisse die militärische Ausbildungshilfe, die Niger seit 1978 von der Bundesregierung erhält, überprüfen?

Die Bundesregierung wird die weitere Entwicklung aufmerksam beobachten und falls erforderlich eine Überprüfung der Gewährung von militärischer Ausbildungshilfe für Niger einleiten.

5. Ist die Bundesregierung mit uns der Meinung, daß die Militärhilfe an Niger sofort gestoppt werden muß?

Die Bundesregierung gibt im Rahmen des von den zuständigen Ausschüssen des Deutschen Bundestages gebilligten Dreijahresprogrammes Ausstattungshilfe an den Niger. Es werden also keine Waffen oder Rüstungsgüter an den Niger geliefert. Wir unterstützen dagegen die Ausbildung und Ausstattung der nigrischen Armee für den Bau von Straßen, Brücken, Flugplätzen und andere Vorhaben der staatlichen Infrastruktur. Diese Ausstattungshilfe ergänzt und verbessert die Rahmenbedingungen unserer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit diesem Land, dessen bessere verkehrstechnische Erschließung im Interesse seiner besonders armen Bevölkerung liegt. Diese Form der Unterstützung hat sich auch beim Transport von Nahrungsmitteln in die Hungergebiete der Sahelzone bewährt. Es ist nicht beabsichtigt, die Ausstattungshilfe an den Niger einzustellen.